

FOOD FIRST

NR.3/12

INDIGENER WIDERSTAND

DAS RECHT AUF NAHRUNG UND INDIGENE GEMEINSCHAFTEN

HONDURAS: DIE MACHENSCHAFTEN DER PALMÖLBARONE

Seite 8

EILAKTION: LANDRAUB IN MOSAMBIK

Seite 10/11

AGROSPRIT: (K)EINE ECHE KEHRTWENDE

Seite 16



FOOD FIRST INFORMATIONS-
UND AKTIONSNETZWERK
INT. MENSCHENRECHTS
ORGANISATION FÜR DAS
RECHT SICH ZU ERNÄHREN

NAMASTE!

WORLD YOGA DAY UNTERSTÜTZT 2013 FIAN!

Am Sonntag, dem 24.02.2013 widmen weltweit Yoga-LehrerInnen, Yoga-Schulen und Yogis zwei Stunden ihrer Zeit für eine Yoga-Session zu Gunsten des Menschenrechts auf Nahrung.

Die beim World Yoga Day 2013 gesammelten Spenden werden zur Unterstützung der Menschenrechtsarbeit von FIAN verwendet. So arbeitet FIAN zum Beispiel an der Unterstützung der bäuerlichen Gemeinschaften in Bajo Aguán in Honduras, wo in einem Landkonflikt während der letzten drei Jahre mehr als 50 Menschen ermordet wurden, die lediglich ihr Land nutzen oder die Menschenrechte verteidigten wollten. Auch in Uganda ist FIAN aktiv. In Mubende wurden 2.000 Menschen von ihrem Land vertrieben, damit eine deutsche Firma eine Kaffeeplantage errichten konnte. In Indien werden in Kusum Tola Indigene unterstützt, deren Überleben durch immer größer wachsende Kohlebergwerke bedroht ist, wodurch sie landwirtschaftliche Fläche, Wälder und Wasserressourcen verlieren.

**WENN SIE BEIM WORLD YOGA DAY 2013 AM
24.02.2013 DABEI SIND, KÖNNEN SIE IHRE SOLIDARI-
TÄT MIT ALL DENEN ZEIGEN, DIE FÜR DAS WELTWEITE
RECHT AUF NAHRUNG KÄMPFEN!**

Sie können selbst eine Spenden-Yogastunde organisieren oder an einer teilnehmen. Die Unterrichtsstunde soll von 11.00 Uhr bis 13.00 Uhr Lokalzeit abgehalten werden, was zu einem 24-Stunden-Yoga-Marathon rund um die Welt führen wird. Der Einfluss unserer gebündelten Gedanken und Energien wird weltweit zu spüren sein.

Alle, die an dem Event teilnehmen, werden gebeten zu spenden, was sie sich leisten können. Alle Beiträge und Teilnehmenden sind willkommen, auch solche, die nicht spenden – das Geld ist wichtig, um Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu helfen, aber wichtig ist vor allem auch der Geist, in dem dies geschieht!

Um sich für eine WYD 2013 Stunde anzumelden, gehen Sie bitte auf www.world-yoga-day.org. Dort finden Sie auch WYD-Logos und Flyer zum Herunterladen, damit Sie auch andere für unsere Idee begeistern können.



MOSAMBIK: JETZT AKTIV WERDEN

Großflächige und von europäischen Trägern finanzierte Baumplantagen zerstören in der Provinz Niassa in Mosambik die Lebensgrundlage von kleinbäuerlichen Gemeinschaften. Eine von FIAN ins Leben gerufene Eilaktion appelliert an die schwedischen Hauptfinanziers des Baumplantagen-Betreibers, ihrer Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung nachzukommen.

Wir bitten Sie, mit Ihrer Teilnahme an der Eilaktion (Seite 10) die Menschen vor Ort zu unterstützen!

Um weiterhin unabhängige Menschenrechtsarbeit leisten zu können, ist FIAN auf Ihre Spende angewiesen. Diese ermöglicht uns, den Fall in Niassa und ähnliche Fälle zu dokumentieren, den Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen international Gehör zu verschaffen und die Verantwortlichen zu benennen.

Wir brauchen aber auch dringend mehr Mitglieder, um im politischen Lobbying stärker auftreten zu können. Je mehr Mitglieder FIAN repräsentiert, desto erfolgreicher kann das Menschenrecht auf Nahrung verteidigt werden! (Antwortkarte -> letzte Seite)

Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung ist es, dass Menschen Landwirtschaft betreiben und ihr Wissen um natürliche Zusammenhänge, um die Vermehrung von Saatgut oder den Schutz der Bodenfruchtbarkeit weitergeben können. Die Landwirtschaft, der Agrarhandel müssen sich deshalb an den Menschenrechten der Bauern und Bäuerinnen orientieren und nicht an den Profitinteressen der Agrarkonzerne!

Dafür setzen wir uns ein - hoffentlich auch im nächsten Jahr mit Ihrer Unterstützung!

Im Namen von FIAN wünsche ich Ihnen schöne Feiertage und ein erfolgreiches Jahr 2013!

Ihre

Elisabeth Sterzinger, Vorsitzende FIAN Österreich

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

rechtlich gleich mehrfach benachteiligt sind oft Indigene Frauen. Ihrer doppelten Diskriminierung widmen wir in dieser Schwerpunktausgabe zu den Rechten von Indigenen einen eigenen Artikel (S. 2). Auch Ecuador ist Thema: Wir berichten von einem neuen Fall nördlich der Hauptstadt Quito: Das Gemeinschaftsland der *Kitu Kara* in La Toggla soll dort für Urbanisierungsprojekte zur Verfügung gestellt werden (S. 6).

Die genannten Beispiele zeigen: Die Umsetzung des Rechts auf Nahrung braucht neben klaren und einklagbaren rechtlichen Rahmenbedingungen den Druck zivilgesellschaftlich engagierter Menschen. Für diesen Druck sorgen wir als FIAN, gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen.

FIAN setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte indigener Gemeinschaften ein. Zu den von uns unterstützen Gruppen gehören auch die *Guarani-Kaiowá*. Ihre Rechte stehen den Interessen der sich immer weiter ausbreitenden industriellen Landwirtschaft entgegen. In Absprache mit VertreterInnen der *Guarani* wird der internationale FIAN-Vorstand, der sich Ende Oktober in Brasilien getroffen hat (Bericht S. 15), das Gespräch mit brasilianischen Regierungsvertretern suchen, um die Forderungen der *Guarani* zu unterstützen. Die brasilianische Verfassung sagt den indigenen Völkern die Demarkierung ihrer traditionellen Gebiete innerhalb von fünf Jahren zu. Die Umsetzung geht allerdings immer noch nur schleppend voran. Eine von brasilianischen Organisationen gestartete Online-Petition fordert deshalb die zügige Umsetzung der indigenen Landrechte. Unterstützen auch Sie die Landrechte der Indigenen in Brasilien www.causaindigena.org/english!

Brigitte Reisenberger, im Namen des Redaktionsteams

THEMA - INDIGENE GEMEINSCHAFTEN

- 2 Indigene Frauen - Doppelt diskriminiert
- 3 Recht auf Nahrung für indigene Frauen in Mexiko
- 4 Interview mit Theo Rathgeber: ILO-Konvention 169
- 5 Neue Entwicklung in Kusum Tola: Ein Dorf am Abgrund
- 6 Ecuador: Papier ist geduldig

VOR ORT

- 7 FIAN ECUADOR: Gut vernetzt gegen den Hunger
- 8 Honduras: Die Machenschaften der Palmölbarone

EILAKTION

- 10 Mosambik: Forstwirtschaft bedroht Menschenrechte

ALLERLEI

- 13 Delegationsreise aus Mosambik: Hunger auf dem Holzweg
- 13 UN-Komitee (CEDAW) nimmt togolesische Regierung in die Pflicht
- 14 Internationale Ernährungspolitik: Entscheidungswende überfällig
- 15 Internationale FIAN Ratsversammlung in Brasilia
- 15 FIAN beim AEPF9 in Vientiane, Laos
- 16 Parallelbericht 2013: Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Österreich
- 16 Agrosprit: (K)eine echte Kehrtwende bei der EU-Kommission



SAATGUTINITIATIVEN IN EUROPA PROTESTIEREN – AUCH IN ÖSTERREICH

Am 16. Oktober 2012, Welternährungstag, hat FIAN in Wien gemeinsam mit Saatgutinitiativen und – NGOs gegen die derzeitige Praxis des europäischen Patentamtes (EPA) von Annahme von Patentanträgen und –vergaben protestiert. In der im Patentamt übergebenen Petition forderten sie, Patente auf konventionelle Züchtungen abzulehnen und erneuerten ihre Forderung, keine weiteren Patente auf lebende Organismen zuzulassen. Seit Mai 2012 wurden in Österreich zur Unterstützung der parlamentarischen Bürgerinitiative „Kein Patent auf Leben“ mehr als 2000 Unterschriften gesammelt. Die Petition kann noch online unterzeichnet werden. www.fian.at/patente

„WE, INDIGENOUS PEOPLE, DEMAND THE RIGHT TO DEFINE WHAT OUR DIET IS AND WHAT IT MEANS TO US, AS PART OF OUR CULTURAL IDENTITY. WE CANNOT SPEAK OF FOOD WITHOUT SPEAKING OF WATER AND THE RIGHT TO WATER AS WELL AS THE PROTECTION AND DEFINITION OF OUR RELATIONSHIP TO WATER. IT ALSO IMPLIES TALKING ABOUT OUR RIGHT TO OUR TERRITORIES AND RESOURCES.“

(Declaration of Indigenous People for Food Sovereignty, 2009, Rome)

INDIGENE FRAUEN

DOPPELT DISKRIMINIERT

Frauen spielen eine zentrale Rolle für die Ernährungssicherheit. Weltweit sind es in erster Linie Frauen, die für die Beschaffung, Produktion und Zubereitung von Nahrungsmitteln und somit für die Versorgung ihrer Familien verantwortlich sind. Deshalb sind es auch Frauen, die ein reichhaltiges traditionelles Wissen über Saatgut und Bodenfruchtbarkeit besitzen sowie dieses Wissen bewahren und weitergeben – ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt.

Diese Rolle für die Ernährungssicherheit kommt vor allem indigenen Frauen zu. In ihren Gemeinschaften wird häufig eine traditionelle Subsistenzlandwirtschaft praktiziert, die wesentlich von traditionellem Wissen und intakten Ökosystemen abhängig ist. Das macht indigene Frauen besonders verletzlich gegenüber Bedrohungen ihrer Ländereien und Ressourcen, der biologischen Vielfalt in ihren Gebieten und damit tra-

ditioneller Nahrungsquellen. Zu diesen Bedrohungen zählen internationale Agrar- und Handelspolitik, Großprojekte wie Staudämme, Rohstoffabbau, Entwaldung und der Klimawandel.

Diese Last wird durch die doppelte Diskriminierung, die indigene Frauen als Frauen und Indigene in der Gesellschaft erfahren, noch erhöht.

WÄHREND DIE RECHTE INDIGENER GEMEINSCHAFTEN IN VIELEN LÄNDERN NICHT ANERKANNT ODER BERÜCKSICHTIGT WERDEN, IST DIE RECHTLICHE SITUATION INDIGENER FRAUEN NOCH SCHWIERIGER.

Selbst dort, wo Landrechte anerkannt werden, liegen diese meist bei Männern. Ein weiterer Punkt ist die traditionelle Arbeitsteilung indigener Gemeinschaften. Im Bereich der Waldnutzung beispielsweise obliegen die körperlich

besonders anstrengenden Aufgaben den Männern, während täglich wiederkehrende und Ausdauer erfordernde Aufgaben wie Früchte und Feuerholz sammeln oder Wasser holen von Frauen ausgeführt werden. Dadurch haben Frauen eine intensivere und abhängigere Beziehung zum Wald, die dazu führt, dass ökologische Zerstörung sie unmittelbarer und härter trifft als Männer.

Jedoch sind indigene Frauen nicht nur Opfer: Die Bedrohungen und Diskriminierung bewirken auch die Entwicklung von Fähigkeiten, um das Überleben ihrer Familien und Gemeinschaften zu sichern. Indigene Frauen als Bewahrerinnen kultureller Traditionen haben ein reiches Erfahrungswissen entwickelt, das es ihnen ermöglicht, Bedrohungen und Ernährungsunsicherheit zu begegnen. Dabei bauen sie auf den traditionellen Systemen auf, erweitern sie und passen ihr Wissen an die sich verändernden Bedingungen an. Hierzu gehören das Recht auf Selbstbestimmung





RECHT AUF NAHRUNG FÜR INDIGENE FRAUEN IN MEXIKO

CEDAW-Komitee greift FIANS Empfehlungen auf

In Mexiko haben 28 Millionen Menschen, also 18,2 Prozent der Bevölkerung, keinen ausreichenden Zugang zu Nahrung. 80,6 Prozent der Hungernden leben in ländlichen Gebieten. Obwohl das Recht auf Nahrung für alle Bevölkerungsgruppen 2011 in die mexikanische Verfassung aufgenommen wurde und die Verfassung jegliche Diskriminierung untersagt, hungern vor allem indigene Frauen.

In den ländlichen Regionen der Bundesstaaten Guerrero und Morelos gehören nur ein Fünftel aller Landtitel Frauen. Die Vorlage eines Landtitels ist aber Voraussetzung für den Zugang zu landwirtschaftlichen Förderprogrammen. Gemeinsam mit den betroffenen Frauen hat FIAN im Juli 2012 beim Ausschuss zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen (Committee on the Elimination of Discrimination against Women, CEDAW) darauf hingewiesen, dass das Recht auf Nahrung indigener Frauen in ländlichen Regionen durch folgende Missstände verletzt wird:

1. unzureichender Zugang zu Eigentumsrechten und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln,
2. patriarchalische Familienstrukturen, die dazu führen, dass Frauen als letzte und zu wenig essen,
3. Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen durch organisierte Kriminalität,
4. unzureichende Unterstützung für allein erziehende Mütter und Frauen, die Menschen mit Behinderungen betreuen.

In seinen Empfehlungen an die mexikanische Regierung hat der CEDAW-Ausschuss FIANS Kritik aufgegriffen. Er fordert Mexiko auf:

- Maßnahmen zu ergreifen, die indigenen Frauen gleichberechtigten Zugang zu Land und Eigentum garantieren,
- Indigenen Frauen Zugang zu grundlegenden sozialen Leistungen, Bildung und Gesundheit zu ermöglichen,
- organisierte Kriminalität wirksam zu bekämpfen,
- Opfer von Gewalt zu entschädigen,
- zusammen mit indigenen Gemeinschaften Aufklärungskampagnen gegen stereotype Frauenbilder durchzuführen.

und Nahrung sowie die unzertrennlich verknüpften Rechte auf Land und Ressourcen, Nutzungsrechte und das Recht, ihr kulturelles Erbe zu bewahren und weiterzuentwickeln, wie es in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker verankert ist.

Um ihre Rechte einzufordern und auf die geschlechterspezifischen Implikationen von Ernährungsunsicherheiten und ihren Ursachen aufmerksam zu machen, nehmen indigene Frauen aktiv an relevanten internationalen Diskussionen teil und organisieren sich im Rahmen von Netzwerken wie beispielsweise den regionalen Netzwerken indigener Frauen oder der „*Indigenous Partnership for Agrobiodiversity and Food Sovereignty*“.

Wenn wir über Ernährungssicherheit im Zusammenhang mit indigenen Völkern und besonders Frauen sprechen, ist es wichtig zu erkennen, wie sehr alles miteinander verknüpft ist. Die Frage der Ernährungssicherheit muss immer im umfassenden, nicht nur materiellen, sondern auch kulturellen Sinn verstanden werden und kann nicht losgelöst von Fragen rechtlicher Anerkennung betrachtet werden. Ernährungssicherheit ist immer auch eine Frage der Ernährungssouveränität.

INTERVIEW MIT THEO RATHGEBER

ILO-KONVENTION 169 – EIN PARADIGMENWECHSEL

Wer sich für die Menschenrechte indigener Völker interessiert, kommt an Theo Rathgeber kaum vorbei. Der Politik- und Rechtswissenschaftler gehört zum Vorstand des Instituts für interkulturelle Kompetenz und Didaktik und ist Mitglied des Adivasi-Netzwerks. Wir sprachen mit Rathgeber über die aktuellen menschenrechtlichen Entwicklungen indigener Völker.

Das von den Vereinten Nationen auserufene zweite Jahrzehnt der indigenen Völker geht 2014 zu Ende. Welches Fazit können wir heute in Bezug auf die menschenrechtliche Situation und im Vergleich zum ersten Jahrzehnt ziehen?

In Bezug auf die Entwicklung normativer Standards kann das zweite Jahrzehnt als erfolgreich bewertet werden. Insbesondere die Verabschiedung der UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker 2007 hat im Vergleich zur ILO-Konvention 169 nochmals eine deutliche Verbesserung mit sich gebracht.

An erster Stelle zu nennen ist der Auftrag an die Staaten, jegliche Unternehmungen auf indigenen Territorien dem Verfahren des free, prior and informed consent zu unterziehen. Nachdem die damaligen Nein-Sager zur UN-Erklärung ihre Gegenstimme zurückgenommen haben, besteht die Chance, durch

möglichst viele konkrete Beispiele Völkergewohnheitsrecht zu schaffen.

Ein zweiter positiver Aspekt der Standardverbesserung ist die Öffnung insbesondere afrikanischer Staaten gegenüber der Einsicht, dass indigene Völker auf ihren Territorien leben.

Ein dritter positiver Aspekt betrifft die Einbeziehung indigener Repräsentanten in fast alle internationalen, themenrelevanten Konferenzen und umgekehrt ein darauf gerichteter Selbstorganisationsprozess. Hierbei dürften die Völker in Asien den größten Sprung bewerkstelligt haben.

Bei so viel Licht fehlt nicht der Schatten. An der Grundkonstellation der Konflikte, die teilweise das Überleben einiger indigener Gemeinschaften bedrohen, hat sich wenig geändert. Durch den verstärkten Zugriff auf letzte Ressourcen in entfernten Regionen haben sich die Konflikte eher polarisiert, und die besseren Rechtsstandards helfen dabei nur bedingt.

Sie erwähnten das Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation. Worum handelt es sich dabei?

Die ILO-Konvention 169 zu den Rechten indigener Völker aus dem Jahr 1989 ist ein völkerrechtlich bindendes Übereinkommen für alle ratifizierenden Staaten. Zurzeit haben diesen Schritt 22 Staaten vollzogen, in der Mehrheit aus



Theo Rathgeber

Süd- und Mittelamerika. Die Konvention 169 läutete einen Paradigmenwechsel ein, indem sie indigenen Völkern einen Anspruch auf ihre eigene Lebensführung zugestand. Zuvor waren ähnliche Standards auf die Eingliederung solcher Völker ausgerichtet gewesen.

Am 25. Juli hat der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte dem indigenen Volk der Kichwa in der Gemeinde Sarayaku Recht gegeben. Die Gemeinde klagte gegen Erdölbohrungen auf ihrem Gebiet, die ohne ihre Zustimmung durchgeführt wurden. Das Urteil verwies explizit auf die ILO-Konvention 169. Wie beurteilen Sie die Wirkung dieses Prozesses, auch in Bezug auf die weltweite Akzeptanz der Konvention?

Es ist immer nützlich, wenn eine supranationale Gerichtsstanz ein Urteil zugunsten der Opfer staatlicher Gewalt fällt. Jede halbwegs demokratische Regierung wird versuchen, einen solchen Richterspruch zu vermeiden, um den Imageschaden klein zu halten. Damit ist aber nicht garantiert, dass solche Regierungen im Einzelfall die Urteile rechtstreu umsetzen. Derartige Urteile haben immer dann eine konkrete Wirkung, wenn internationale Kampagnen den Rechtsstreit begleitet und politischen Druck aufgebaut haben.

Das Interview führte Richard Klasen von FIAN Deutschland

KUSUM TOLA: NEUE ENTWICKLUNGEN

Der Fluss Damodar im Karanpura Tal.

EIN DORF AM ABGRUND

Die Situation im Dorf Kusum Tola hat sich nicht entspannt. Im Zuge der Realisierung von Kohletagebau am Oberlauf des Damodar sind weiterhin ca. 1.000 Indigene vom Verlust ihres Dorfes, ihres Ackerlands und ihres Waldes bedroht. Die fortschreitenden Operationen des staatlichen indischen Bergbauunternehmens Central Coalfields Limited (CCL) stellen eine unmittelbare Bedrohung für ihr Überleben dar.

Die indigene Bevölkerung dieser Region, die Adivasi, bauen Reis, Weizen, Senf und Linsen an und verdienen etwas Geld mit Forstprodukten und als SaisonarbeiterInnen.

Über 1000 km² ihres Landes wurden nach neuen Plänen für mehr als 20 Minenprojekte konzessioniert. Kusum Tola ist nur eines von vielen Dörfern, welches von diesen Tagebauen bedroht wird. CCL betreibt hier seit über 30 Jahren Bergbau. Die Purnadih Zeche, die Kusum Tola und umliegende Dörfer bedroht, wurde offiziell am 21. August 2009 eröffnet. Die BewohnerInnen der Dörfer Dembua und Baseriya wurden schon vertrieben und auch Kusum Tola ist weiterhin direkt bedroht.

In Kusum Tola spürt man die Auswirkungen der im Umkreis stattfindenden Sprengungen. Der Tagebau gefährdet nicht nur die Bedeutung des Karanpura Tales als eines der ergiebigsten Reis- und Gemüseanbauggebiete Indiens. Diese Region ist auch für Umwelt und Kultur von großer Bedeutung.

DIE INDIGENE BEVÖLKERUNG BESITZT EIN REICHES KULTURERBE UND HAT KUNSTHANDWERKLICHE TRADITIONEN BEIBEHALTEN.

FIAN wurde in diesem Fall schon mehrmals aktiv. Während der verlängerten Dauer der Kusum Tola Petition, die Ende 2011 startete, wurden 1263 Unterschriften gesammelt und den zuständigen indischen Behörden vorgelegt. In Reaktion auf Interventionen von FIAN hat das Büro des indischen Premierministers im Oktober 2011 eine Untersuchung der Effekte der Sprengungen veranlasst. Das war ein kurzer Anlass zu Hoffnung.

Am 16. November 2011 wurde von der Magistratsbehörde eine Verfügung vorgelegt, die auch die Interventionen von FIAN hervorhebt und klare Forderungen anstellt: Die nahen Sprengungen müssen eingeschränkt werden und die weiteren Minenaktivitäten dürfen erst nach einer freiwilligen Umsiedlung aller DorfbewohnerInnen und nur mit ausreichend Abstand zu den Wasserquellen und den landwirtschaftlichen Flächen des Dorfes durchgeführt werden. Das Unternehmen hat sich nicht an diese Forderungen gehalten.

DIE BERGBAUAKTIVITÄTEN NÄHERN SICH NUN WEITER DEN NACHBARDÖRFERN AN.

Durch die vorrückenden Sprengungen sind die Menschen von Kusum Tola unmittelbar von Vertreibung bedroht. Im Juni 2012 wurde von einem lokalen FIAN Mitglied eine *Public Interest Litigation* am Höchstgericht von Jharkhand beantragt, mit der Forderung die Bergbauaktivitäten innerhalb eines 3km Radius um das Dorf Kusum Tola zu stoppen, die Kohle-Reservoirs aus den Wohngebieten zu entfernen und den Opfern Entschädigungen zu zahlen. Die erste Anhörung zu diesem Fall fand am 10. Juli 2012 statt. Weitere Anhörungen werden folgen.

Im August 2012 wurde ein lokales FIAN-Mitglied von der Polizei verhaftet. Glücklicherweise konnte er Anfang Oktober auf Kautions wieder frei kommen. Die DorfbewohnerInnen werden in steigendem Maß eingeschüchtert.

Brigitte Reisenberger, Mitarbeiterin FIAN Österreich

ECUADOR

PAPIER IST GEDULDIG

Die neue, unter dem links gerichteten Präsidenten Rafael Correa im Jahr 2008 verabschiedete Verfassung Ecuadors stärkt die Rechte der indigenen Bevölkerung in mehreren Absätzen. Artikel 66 Abs.2 beispielsweise garantiert indigenen Gemeinschaften das Recht auf ein würdiges Leben, Gesundheit, Ernährung, Trinkwasser, sicheren Wohnraum, ein gesundes Umfeld, Bildung, Arbeit, Beschäftigung, Erholung, Freizeit, physische Kultur, Kleidung, soziale Sicherheit und andere notwendige soziale Dienste. Auch Art. 57 der Verfassung stärkt die Rechte der indigenen Gemeinschaften und sichert ihnen auf ideeller Ebene unter anderem die Wahrung ihrer Identität und Kultur sowie auf kulturell-materieller Ebene die Unveräußerlichkeit, Unteilbarkeit und Unpfändbarkeit ihrer ureigenen Ländereien zu.

In der Praxis sind diese Prinzipien jedoch noch lange nicht umgesetzt. Staatliche Maßnahmen sind bisher nicht durchgehend kohärent zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Ein Beispiel für den unzureichenden Schutz der Rechte der indigenen Völker in Ecuador ist der La Toglita-Fall, der von FIAN Ecuador betreut und unter anderem von FIAN Deutschland begleitet wird. Die La Toglita vom Volk der *Kitu Kara* im Norden der Hauptstadt Quito sind seit Jahren Opfer von Aggressionen, denn ihr Gemeinschaftsland ist Gegenstand unrechtmäßiger Immobilienverkäufe.

Die 700 Einwohner zählende Gemeinde (comunidad) von La Toglita verfügt

über 551 Hektar gemeinschaftliches Land. Der gemeinschaftliche Charakter des Landes wurde 1839 vom Bürgermeister von Quito anerkannt und 1923 teilte der damalige Bezirksbürgermeister von Quito in Abstimmung mit der Gemeinde 276 Familien diese Böden gemäß der damaligen gültigen politischen Verfassung zu. 1938 ließ La Toglita die Stellung als *comunidad* beglaubigen, woraufhin die Gemeinschaft schließlich im Jahre 2005 vom *Consejo de Desarrollo de las Nacionalidades y Pueblos del Ecuador* (dem ecuadorianischen Entwicklungsrat der Nationalitäten und Völker) – CODENPE - registriert worden ist.

Trotz der rechtlichen Anerkennung des Gemeinschaftslandes zu Gunsten der Gemeinde sind Eigentumsschriften aufgetaucht, die bestätigen, dass Grundstücke innerhalb des Eigentums der La Toglita angeblich gebietsfremden Dritten gehören. Dies steht im klaren Widerspruch zu den Richtlinien der ecuadorianischen Gesetze, die den Verkauf des ursprünglichen Landbesitzes verbieten. Die zugehörigen Grundbucheintragungen wurden von der Stadtverwaltung Quitos genehmigt. Diese amtliche Unregelmäßigkeit ist eine klare Nichterfüllung der ecuadorianischen Gesetze.

Die Gemeinschaft berichtet, dass seit 2003 uniformierte Kräfte der nationalen und städtischen Polizei im Auftrag einer mächtigen, an Urbanisierungsprojekten beteiligten Familie systematisch und gewaltsam das Gemeinschaftsgebiet überfallen haben und dabei Mitglieder der Gemeinde verletzt und

verhaftet wurden. Die Drohungen, das unberechtigte Eindringen in das Gebiet und die Übergriffe verletzen die in der ecuadorianischen Verfassung verankerten kollektiven Rechte. Die ständigen Auseinandersetzungen und die willkürlichen Verhaftungen durch die Polizei beeinträchtigen außerdem die landwirtschaftlichen Aktivitäten der Comunidad und gefährden damit ihr Recht auf Nahrung.

Der La Toglita-Fall ist von FIAN zusammen mit den Betroffenen unter anderem an den Ausschuss für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Menschenrechte der Vereinten Nationen in Genf herangetragen worden; auch eine Special Intervention des FIAN-Generalsekretärs wurde bereits an den ecuadorianischen Präsidenten und weitere Behördenvertreter übermittelt.

Quellen:

Ecuadorianische Verfassung 2008

FIAN: El Derecho a la Alimentación en el Ecuador:

Informe 2010.

FIAN: Ficha de Caso – La Toglita (Nov 2011)

ZUM WEITERLESEN...

Das Recht auf Nahrung indigener Gemeinschaften in Lateinamerika - Der Kampf der Sawhoyamaya in Paraguay und der Guarani-Kaiowá in Brasilien um ihre Rechte

Jänner 2012; 36 Seiten

Bestellung: office@fian.at

GUT VERNETZT GEGEN DEN HUNGER

FIAN Ecuador bildete sich im September 2006 aus einem Netzwerk von ehrenamtlichen Mitgliedern, die sich landesweit für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung einsetzten. Damals und heute unterstützen sie die Kämpfe jener Gemeinschaften, Gruppen und sozialen Organisationen, die in Ecuador mit der Verletzung dieses Rechts konfrontiert sind.

Ecuador hat die internationalen Übereinkommen zum Recht auf Nahrung ratifiziert, seit 2008 ist dieses Recht in der Verfassung des Landes verankert. FIAN Ecuador kontrolliert und überwacht die Umsetzung dieses Rechts, entweder durch Einwirken auf die Politik oder durch direkte Aktionen zugunsten der betroffenen Organisationen.

Programm der Vollstreckbarkeit und Überwachung

Mit dem Programm „Las Mingas por el Derecho a alimentarse“ fördert FIAN Ecuador die Diskussion und Entwicklung von Vorschlägen für Maßnahmen rund um das Thema Nahrung in Ecuador. Momentan erstellt FIAN Ecuador einen UN-Parallelbericht zum Stand der wirtschaftlichen sozialen und kulturellen Rechte in Ecuador. Darin analysiert die Landesektion unter anderem geschlechterspezifische Ungleichheit bei der Erfüllung des Rechts auf Nahrung.

Ecuador erlebt zurzeit eine Periode der strukturellen Umwälzungen: So plant das Land ein neues Entwicklungsmodell, das auf die willkürliche Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und somit einer Verletzung des Rechts auf Nahrung vieler Bevölkerungsteile hinausläuft. Daher ist weiterhin Wachsamkeit gegenüber den derzeit von der Regierung eingeführten Richtlinien erforderlich. Diese müssen den allgemeinen Bedürfnissen und Forderungen der Bevölkerung entsprechen. So hat die Verteidigung des Zugangs zu Wasser absolute Priorität. Weitere Gesetzesvorschläge tangieren die Ernährungssouveränität, zum Beispiel das Gesetz über Boden, Wasser, Bergbau und Artenvielfalt.

Begleitung von Verletzungen des Rechts auf Nahrung
Der Druck und die Kritik gegen die Verwirklichung von Megaprojekten, die große Teile der natürlichen Ressourcen bedrohen, wachsen in Ecuador. Gleichzeitig nimmt die Verfolgung und Kriminalisierung von Führungspersonlichkeiten aus Zivilgesellschaft und Indigenenbewegung zu. Deshalb ist es unerlässlich, die Kämpfe der verschiedenen Organisationen aus Zivilgesellschaft, Indigenenbewegung und der Menschenrechtsarbeit zu begleiten.

Enith Flores, FIAN Ecuador

Der Fall La Toglla

La Toglla, Heimat der indigenen Gemeinschaft der Kitu Kara, liegt am Llaló, einem Hügel in der Pfarrei Guangopolo im Kreis Quito der Provinz Pichincha. Seit Jahren kämpft diese Gemeinschaft um ihr angestammtes Land. Es wird bedroht durch die Interessen von Immobilienfirmen, die von öffentlichen Amtsträgern gefördert werden (siehe S.6).

Der Fall Kimsacocha

Ein groß angelegtes Bergbauprojekt bedroht das 30 Kilometer südlich der Stadt Cuenca im Hochland gelegene Kimsacocha. Transnationale Unternehmen, die alle Ressourcen der Region ausbeuten möchten, erhielten die Schürfrechte. Zivilgesellschaftlich engagierte Bevölkerungsteile, die die „Pachamama“, also die Mutter Erde, und ihren Zugang zu Wasser verteidigen, werden verfolgt. Einige ihrer Führer werden sogar des Terrorismus, der Volksaufhetzung und der Sabotage bezichtigt. Kürzlich wurden drei Mitglieder der Organisation zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie den Zugang zu Wasser auf ihrem Gebiet verteidigten. In den kommenden Tagen erwartet man die Vollstreckung des Urteils.

Der Fall der Unión Tierra y Vida

In Ecuador kämpfen viele Bauernfamilien um die rechtliche Anerkennung ihrer Ländereien. Dafür haben sie sich in der Organisation Unión Tierra y Vida (Union Land und Leben) zusammengesetzt. In den letzten zwei Jahren kam es zu systematischen Einschüchterungen und Bedrohungen dieser Gruppe, fünf Landwirte kamen ums Leben. Gegen diese kriminellen Handlungen ging FIAN mit weiteren nationalen und internationalen Organisationen vor. Gemeinsam erinnerte man den ecuadorianischen Staat an seine Pflicht, menschenrechtliche Arbeit gewährleisten zu müssen. Ecuador hat schließlich die UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern im Jahr 1998 angenommen.



DIE MACHENSCHAFTEN DER PALMÖLBARONE

SEIT DEM PUTSCH 2009 HAT DIE GEWALT GEGEN BAUERN, BÄUERINNEN UND MENSCHENRECHTSAKTIVIST_INNEN IN HONDURAS DEUTLICH ZUGENOMMEN

Die Region des Bajo Aguán in Honduras ist Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen um das fruchtbare Land. Während Bauernorganisationen mit Landbesetzungen und Gerichtsverfahren um ihr Recht kämpfen, setzen Regierung und einflussreiche Großgrundbesitzer auf Repression – und schrecken auch vor Mord nicht zurück.

Tegucigalpa, 22. September 2012: Antonio Trejo hat gerade eine Hochzeit zelebriert, als er einen Anruf erhält. Er verlässt mit dem Handy die Kirche und geht ein paar Schritte um die nächste Straßenecke. Dort erwarten ihn mehrere Leute und erschießen ihn. Was an jenem Samstagabend in der honduranischen Hauptstadt in der Nähe des Flughafens geschieht, sorgt weltweit für Aufregung.

Zum Mord an Antonio Trejo äußern sich in den Folgetagen nicht nur Menschenrechtsorganisationen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen im Land. Auch die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, drei UN-Sonderberichterstatter, die Interamerikanische Menschenrechtskommission, das US-Außenministerium und die Europäische Union verurteilen den offensichtlich minutiös geplanten Mord an dem Rechtsanwalt, der im Nebenberuf als Pastor arbeitete. Bekannt geworden war er vor allem durch sein Engagement für die Landrechte im Bajo Aguán, einer

fruchtbaren Tiefebene an der honduranischen Karibikküste.

Antonio Trejo war ein Bauernsohn, der Jura studiert hatte. Als ich ihn bei einer menschenrechtlichen Untersuchungsmission im Februar 2011 in der Bezirkshauptstadt Tocoa kennenlernte, stellten ihn andere Genossenschaftsmitglieder mit der Bemerkung vor: „Der ist einer von uns, er verteidigt die Landrechte, die wir alle, auch seine Familie, durch die Machenschaften der Palmölbarone im Bajo Aguán verloren haben.“ Sein Erfolg wurde ihm möglicherweise zum Verhängnis: Nach einem 18-jährigen Gerichtsprozess durch alle Instan-

zen hatte er ein nicht mehr anfechtbares Urteil erwirkt, das für drei der Genossenschaften die Wiederherstellung ihrer Landrechte bedeutete.

So kam es zu jenem denkwürdigen 29. Juni 2012, an dem erstmals nicht die Polizei gemeinsam mit den privaten Sicherheitskräften die Bäuerinnen und Bauern vertrieben, sondern die Polizei die Sicherheitskräfte der GroßgrundbesitzerInnen vertrieb. Fast punktgenau zum dritten Jahrestag des Putsches gegen den Präsidenten Mel Zelaya entstand aus der Hoffnung eine 1770 Hektar große Wirklichkeit: Hunderte Bauernfamilien wurden ins Recht und wieder auf ihr Land gesetzt. Aber der Traum währte keine zwei Wochen. Die Rechtsanwälte der Palmölbarone erwirkten in einem anderen Rechtsbezirk des Landes und mitten in den Justizferien eine Entscheidung, die das nicht mehr anfechtbare Urteil für ungültig erklärte. Das eindeutig widerrechtliche Dokument ermöglicht die erneute Vertreibung der Gemeinden.

Immerhin weigerte sich die Polizei zunächst den Vertreibungsbefehl umzusetzen. Die Bauernorganisationen des Bajo Aguán beschlossen, vor dem Obersten Gerichtshof in Tegucigalpa zu protestieren und mit dem Vorsitzenden Richter einen Dialog zu führen. Doch es kam nicht zum Gespräch. Die Demo wurde mit Schlagstöcken und Tränengas aufgelöst, mehrere SprecherInnen wurden verhaftet, darunter auch Antonio Trejo,

DER MORD AN ANTONIO TREJO

Antonio Trejo hatte in den Monaten vor seiner Ermordung am 21. September immer wieder Drohungen erhalten. Am 11. Juli 2012 schrieb er im Blog von FIAN Honduras:

„In Honduras ist die Gerechtigkeit so viel wert wie ein Telefonanruf von Miguel Falcussé und René Morales (zwei mächtige Großgrundbesitzer in Honduras; Anm. der Redaktion). So einfach kann die Entscheidung eines jeden Richters geändert werden. Es gibt keine Gerechtigkeit für die Armen. Dafür gibt es Feindseligkeiten und Drohungen. Auch mir haben sie gedroht, mich zu töten und strafrechtlich gegen mich vorzugehen, weil ich die campesinos verteidige. In ganz Honduras weiß man, wer verantwortlich ist für die Morde an den Bauern im Aguán-Tal, es ist eine in der Gesellschaft als ehrenwert angesehene Person.“

DER LANGE STREIT UM LAND IM AGUÁN-TAL

Der Fall Antonio Trejo steht für mehrere Phänomene des heutigen Honduras: zunächst für den großen Konflikt um die massive Konzentration von Land durch wenige Großunternehmer und die Ausweitung der Palmölplantagen im Tal des Bajo Aguán. Dort kämpfen mehr als 3500 Bauernfamilien um ihre Ernährungsgrundlage. Zum einen geht es um die Umwidmung eines ehemaligen Militärgeländes in Agrarreformland, andererseits um ehemaliges Agrarreformland, das sich drei Palmölbarone in den 90er Jahren angeeignet haben. Insgesamt geht es um über 17.000 Hektar fruchtbaren Landes an der honduranischen Karibikküste.



und der „unerlaubten Demonstration“ angeklagt. Die erste Anhörung für diesen offenkundigen Kriminalisierungsversuch war am 21. September. Einen Tag später war Antonio Trejo tot. Nach dem Mord wurden die Anschuldigungen fallengelassen.

Beispiellose Gewalt gegen BäuerInnen und MenschenrechtsanwältInnen

Der Mord an Antonio Trejo ist Teil einer Gewalt- und Repressionsserie vor allem gegen Bauernorganisationen und MenschenrechtsverteidigerInnen, die nach dem Putsch das ganze Land erfasste. Der kürzlich veröffentlichte Bericht der alternativen Wahrheitskommission beschreibt auf über 300 Seiten den Kontext der Repression der vergangenen drei Jahre. Antonio Trejo hatte im Februar 2012 der UN Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, Margaret Sekaggya, persönlich über die Situation im Bajo Aguán Auskunft gegeben.

Internationale Menschenrechtsorganisationen haben darauf hingewiesen, dass es in ganz Mittelamerika in den letzten 15 Jahren keine vergleichbare Repression in einem Landkonflikt gegeben habe. Allein zwischen September 2009 und Oktober 2012 sind 54 organisierte Bäuerinnen und Bauern sowie MenschenrechtsverteidigerInnen im Rahmen dieses Konfliktes ermordet worden. Darüber hinaus wurden ein

Journalist, der über diesen Fall berichtete, und seine Partnerin erschossen. Ein Bauer ist seit Mai 2011 verschwunden, nachdem er von Sicherheitskräften des Großgrundbesitzers Miguel Facussé verschleppt wurde.

Die Sonderstaatsanwaltschaft für Menschenrechte hat auf Nachfrage bestätigt, dass es in keinem einzigen Fall nennenswerte Fortschritte bei den Ermittlungen gibt. Es regieren die Straffreiheit und damit der Anreiz, die Gewalttaten fortzusetzen. Ein Tag nach dem Anschlag auf Antonio Trejo wurde einer der engagiertesten Sonderstaatsanwälte für Menschenrechte vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft erschossen. Im Oktober informierte der Polizeiminister Rafael Alegría von der internationalen Bauernbewegung *La Via Campesina* darüber, dass ein Attentatsplan gegen ihn vorläge.

Die wichtige Rolle der menschenrechtlichen Solidarität

Substanzielle Verbesserungen der Menschenrechtssituation im Land und insbesondere im Bajo Aguán sind derzeit nicht erkennbar. Eine internationale Anhörung zur Lage der Menschenrechte im Bajo Aguán, die Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Netzwerke in der Bezirkshauptstadt Tocoa Ende Mai veranstalteten (**Video unter www.fian.at/videotocoa**), ließ die verzweifelte Lage der bäuerlichen Gemeinden sichtbar werden. Familienan-

gehörige der Ermordeten und Opfer von Menschenrechtsverletzungen brachten die dramatische Lage vor Ort zum Ausdruck. Allerdings auch ihre Entschiedenheit, weiter für ihre Rechte auf Nahrung, Land und Zukunft zu kämpfen.

Der Fall Antonio Trejo steht nicht zuletzt für die Frage nach der Rolle der internationalen Staatengemeinschaft. Aus der Sicht der Betroffenen ist sie im Blick auf Honduras und speziell den Konflikt im Bajo Aguán viel zu schweigsam gewesen. Die interamerikanische Menschenrechtskommission hat sich als einzige zwischenstaatliche Institution intensiv und kontinuierlich mit der Lage des Bajo Aguán befasst und immer wieder deutlich Stellung genommen.

Bedeutet die vielen klaren Worte nach dem Mord an Antonio Trejo ein Umdenken? Wird sich etwa die Vertretung der Europäischen Union vor Ort mehr engagieren in Menschenrechtsfragen und die bisherige kaum hörbare und beschwichtigende Position aufgeben? Es ist zu hoffen. Antonio Trejo jedenfalls hat immer wieder die wichtige Rolle der internationalen menschenrechtlichen Solidarität hervorgehoben, gerade für Gemeinschaften wie im Bajo Aguán, die um ihre Ernährungsgrundlagen kämpfen und sich gegen Unterdrückung wehren.

Martin Wolpold-Bosien arbeitet seit 1993 für FIAN International zu Zentralamerika.

Der Beitrag erschien zuerst im Südlink 162 vom Dezember 2012 (www.suedlink.de)

MOSAMBIK: FORSTWIRT- SCHAFT BEDROHT MENSCHEN- RECHTE



In Mosambik verlieren Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch den Anbau großflächiger Baumplantagen den Zugang zu Land und Wasser. Die Finanziers sitzen unter anderem in Schweden.

Niassa, eine Provinz im Norden des Landes, ist besonders betroffen. Dort haben sich sechs Firmen ein Gebiet von 550.000 Hektar Land gesichert. Eine dieser Firmen ist Chikweti Forests of Niassa, eine Tochter des schwedischen Global Solidarity Forest Fund (GSFF). Chikweti begann 2005 mit seinen Arbeiten und hat mittlerweile rund 45.000 Hektar Land in den Distrikten Lago, Lichinga und Sanga aufgekauft. Davon wurden 13.000 Hektar bereits bepflanzt.

Die großflächige Plantagenwirtschaft in Niassa führt zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung und des Rechts auf Wasser: So haben weite Teile der lokalen Bevölkerung den Zugang zu ihrem Land verloren. Des Weiteren wird der Baumanbau höchstwahrscheinlich zu Wasserknappheit und Wasserverschmutzung führen. Schließlich sind die Projekte auch aus Umweltaspekten kritisch zu bewerten: sie führen zur Zerstörung von Ökosystemen und der Artenvielfalt sowie zur Verschlechterung der Bodenqualität.

DIE AKTION

Bitte senden Sie den Musterbrief an den schwedischen Minister für Auswärtige Angelegenheiten.

Fordern Sie eine Untersuchung der menschenrechtlichen Auswirkungen der von der schwedischen Entwicklungshilfe mitfinanzierten Forstpolitik im Allgemeinen und des

Chikweti-Fälls im Besonderen. Fordern Sie weiterhin einen Stopp der Verletzungen der Landrechte und des Menschenrechts auf Nahrung sowie eine Regulierung der GSFF-Aktivitäten. Fordern Sie auch Kontrollsysteme für Konzernaktivitäten und Ansprechmöglichkeiten für betroffene Kommunen und einheimische MenschenrechtlerInnen.

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie eine Antwort auf Ihren Brief erhalten.

ENDE DER AKTION: 31. JÄNNER 2013

Übersetzung des Musterbriefs

Sehr geehrter Carl Bildt,

hiermit möchte ich meine Besorgnis über die Situation der bäuerlichen Gemeinden in der Provinz Niassa in Mosambik zum Ausdruck bringen. Nach Aussagen von Gemeindegliedern besteht für die einheimische Bevölkerung durch den Anbau von Baumplantagen die Gefahr von Ernährungsunsicherheit. Seit 2005 haben große Forstbetriebe in Niassa Baumplantagen mit schnell wachsenden Baumarten angepflanzt. Eine dieser Firmen ist Chikweti Forests aus Niassa – in den Bezirken Lago, Lichinga und Sanga beantragte das Unternehmen 45.000 Hektar Land. Gemeinden berichten, dass sie durch diesen Beschluss den Zugang zu Ackerland und heimischen Wäldern verloren haben. Die Plantagen bringen auch das Risiko mangelhaften Wassers mit sich und verschmutzen wahrscheinlich in Zukunft das Wasser. Auch andere Umweltschäden werden nicht ausgeschlossen.

Die Einführung der großindustriellen Baumplantagen schränkt das Recht der bäuerlichen Gemeinden auf angemessene Ernährung und Wasser ein. Durch den Entwicklungsträger Sida hat Schweden die Gründung der Plantagen gefördert und finanziert. Chikweti Forests ist außerdem eine Tochterfirma der in Schweden ansässigen Global Solidarity Forest Fund (GSFF). In Form der Diözese von Västerås ist Schweden auch die Heimat eines Investors des GSFF. In einer Untersuchung aus dem Jahr 2010 bestätigt die Regierung von Mosambik die Beschwerden der betroffenen Gemeinden – genauso wie ein für Sida angefertigter Bericht aus dem Jahr 2008. Trotzdem sind bis heute keine ausreichenden und wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen worden.

Der Staat Schweden gehört zu den Unterzeichnern des Internationalen Abkommens für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Dadurch ist er an die Pflicht gebunden, Menschenrechte zu respektieren, zu fördern und zu garantieren. Das gilt insbesondere für das Recht auf Nahrung und Wasser. Diese Verpflichtung beinhaltet auch außerstaatliche Aufgaben. Demnach müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Menschenrechte in anderen Ländern zu respektieren und zu schützen. Die Regierung Schwedens hat sich nicht an die Verpflichtungen gehalten, die die internationalen Menschenrechte mit sich bringen. Weil sie die Baumplantagen in Mosambik gefördert und finanziert hat und keine ausreichenden und wirkungsvollen Maßnahmen zur Regulierung des GSFF ergreift ist die schwedische Regierung ihren internationalen, menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen.

Ich möchte Sie bitten, dass Sie:

- überprüfen, ob die schwedische ODA, insbesondere das Chikweti-Projekt, in Mosambik durch ihre Forstpolitik die Menschenrechte verletzt.
- wirkungsvolle Maßnahmen einführen, um die Verletzung von Landrechten zu beenden und das Recht auf Nahrung in Niassa zu garantieren
- GSFF anordnen, alle wichtigen Informationen über ihre Investitionen, insbesondere des genauen Ausmaßes und der Lage der Landtitel (DUATs), die sie im Moment besitzen und beantragt haben, und ihre Einschätzung über die Einflüsse auf die Umwelt zu enthüllen, und kommende Erweiterungen nicht zu genehmigen, solange die existierenden Probleme in Niassa nicht gelöst worden werden.
- Einrichtungen in ihren Botschaften einführen, um TNC-Aktivitäten ausfindig zu machen und Beschwerden einheimischer Menschenrechtler zu bearbeiten, insbesondere im Zusammenhang mit Verletzungen von Besitzansprüchen und Menschenrechten

Bitte informieren Sie mich über ihre geplanten Maßnahmen diesbezüglich. Mit freundlichen Grüßen,

Carl Bildt
Minister for Foreign Affairs
Utrikesdepartementet
Gustav Adolfs torg 1
SE-103 39 Stockholm
Schweden

Dear Carl Bildt,

I am writing to you to express my concern about the situation of the peasant communities in Niassa province, Mozambique. According to testimonies from community members in the districts of Lago, Lichinga and Sanga, the local population faces food insecurity due to the establishment of tree plantations in the area.

Since 2005, several forestry companies have set up tree plantations of fast growing species in Niassa. One of these companies is Chikweti Forests of Niassa, which has applied for 45,000 hectares of land in the districts of Lago, Lichinga and Sanga, of which 13,000 have been planted. Communities in the region report that they have lost access to farmland, because tree plantations are set up on lands that they were using for food production. People also lost access to native forests, which have been cut down to make space for the plantations. The plantations also entail the risk of insufficient water availability and are likely to lead to contamination of water. They are further likely to have severe environmental impacts, which range from destruction of ecosystems to loss of biodiversity and impacts on soils. Since family agriculture is the main source of livelihood in the region, this severely impacts local people's livelihoods and puts them at risk of food insecurity.

The restructuring of the local economy in the region due to the introduction of large scale tree plantations is thus having considerable impacts on the enjoyment of human rights by the local population.

Sweden has promoted and financed the establishment of tree plantations in Niassa through its development agency Sida. In addition, Chikweti Forests of Niassa is a subsidiary of the Sweden-based Global Solidarity Forest Fund (GSFF). Sweden is also the home state to an investor to the GSFF, namely the Diocese of Västerås. An investigation by the Mozambican government in 2010 as well as a report done for Sida in 2008 confirmed the complaints of affected communities. However, so far no adequate and effective measures have been taken.

Sweden is a State Party to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. The Swedish government is therefore obliged to respect, protect and fulfil human rights, in particular the right to food and to water. The human rights obligations of states include extraterritorial obligations (ETOs), according to which they have the duty to take measures to respect and protect the enjoyment of human rights in other countries. By promoting and financing the setting up of large-scale tree plantations in Mozambique and by not taking sufficient and effective measures to regulate GSFF and ensure that investors do not nullify or impair the enjoyment of human rights, the government of Sweden has failed to abide to its obligations under international human rights law.

I would, therefore like to ask you to:

- Conduct a human rights impact assessment of the forest policy promoted by the Swedish ODA in Mozambique, and of the Chikweti project in particular;
- Adopt effective measures to ensure cessation of violations of land rights and the right to food in Niassa as well as effective remedies;
- Regulate GSFF to disclose all relevant information about its investment, in particular the exact size and location of the land titles (DUATs) currently acquired and applied for, as well as the environmental impact assessments; and to freeze further expansion as long as existing conflicts in Niassa have not been resolved;
- Introduce monitoring mechanisms in your embassies to track TNC activities and to receive complaints of local human rights defenders related to violation of legitimate tenure rights and human rights. This monitoring mechanism could be build upon the EU Guidelines on Human Rights Defenders.

Please keep me informed of the action you plan to take in this regard.

Yours sincerely,

HUNGER AUF DEM HOLZWEG

Delegation berichtet in Österreich von Landraub in Mosambik

Drei ProjektpartnerInnen - Eugnélio Pedro Buquine, UNAC, nationaler Verband mosambikanischer Subsistenz- und KleinbäuerInnen, Rita João Rezuane, UCA, kleinbäuerlicher Verband in Lichinga und Julio dos Santos Péssigo, UPCN, kleinbäuerlicher Verband der Provinz Niassa - berichteten Anfang Oktober in Wien über Landraub durch das Chikweti Projekt in Niassa.

Bei einem Termin mit der *Austrian Development Agency* setzten sie sich für den Respekt der Menschenrechte vor Ort ein und besprachen auch generell ländliche Entwicklung in Mosambik. Im Anschluss waren sie zu Gast im Parlament bei einem Termin mit den entwicklungspolitischen SprecherInnen der SPÖ und der Grünen – Petra Bayr und Judith Schwentner. Am nächsten Tag wurde der Besuch der Delegation auch im entwicklungspolitischen Unterausschuss des Nationalrats diskutiert und ein Antrag gegen Land Grabbing einstimmig behandelt.

Brigitte Reisenberger
Mitarbeiterin FIAN Österreich



UN-KOMITEE (CEDAW) NIMMT DIE TOGOLESISCHE REGIERUNG IN DIE PFLICHT

Anlässlich der Präsentation des *Right to Food and Nutrition Watch 2012 am 10. Oktober 2012* war Claire Quenum von der togolesischen Frauenrechtsorganisation *Floraison* zu Gast in Wien.

Sie berichtete von Verletzungen der Rechte auf Nahrung, Bildung und Gesundheit der Frauen in Gnita, einem Dorf, das in der Phosphat-Bergbauregion von Togo liegt. Durch eine Phosphatmine wurden der Dorfgemeinschaft von Gnita seit 1980 über 1.800 Hektar Land geraubt. Die Frauen im Dorf leiden besonders unter den Folgen des Landraubs, denn sie sind für die tägliche Versorgung ihrer Familien zuständig. In den meist polygamen Familien erfahren die Frauen wenig Unterstützung durch ihre Ehemänner, sodass viele ihnen gezwungen sind, eine informelle Beschäftigung in Lomé unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen anzunehmen. Die Dorfgemeinschaft von Gnita hat keinen Zugang zu Einrichtungen für Familienplanung, sodass die Geburtenrate relativ hoch ist. Je größer die Familie (manche Frauen

haben mehr als zehn Kinder), desto schwieriger ist es für die Frauen, sie zu versorgen, sodass sowohl Kinder- als auch Müttersterblichkeit hoch sind. Durch die fehlende medizinische Versorgung wird nicht nur das Recht auf Gesundheit der Frauen und Kinder verletzt, sondern auch ihr Recht auf Leben.

Vor ihrem Besuch in Wien hatte Claire Quenum für Floraison mit Unterstützung von FIAN International beim UN-Komitee zur Konvention über die Abschaffung jeglicher Diskriminierung von Frauen (CEDAW) in Genf eine Stellungnahme zur Situation der Frauen in Gnita abgegeben. Das Komitee hat darauf hin in seinen abschließenden Empfehlungen die Regierung Togos aufgefordert, Frauen in ländlichen Regionen vor den Folgen des Phosphat-Tagebaus zu schützen und sicherzustellen, dass für die Vergabe von Land an ausländische Unternehmen weder Menschen vertrieben, noch die Nahrungssicherheit von Frauen und Mädchen gefährdet wird.

Gertrude Klaffenböck
Sektionskoordinatorin FIAN Österreich

ENTSCHEIDUNGSWENDE ÜBERFÄLLIG

RIGHT TO FOOD AND NUTRITION WATCH 2012

Der Großteil des weltweiten Hungers ist menschengemacht. Das englischsprachige Jahrbuch widmet sich in seiner aktuellen Ausgabe der Frage „Wer kontrolliert die Welternährung?“ Während rein rechnerisch heute jeder Mensch 30 Prozent mehr Nahrung zur Verfügung hätte als noch vor 40 Jahren, leiden mehr als 820 Millionen Menschen weltweit an chronischem Hunger. Mitverursacher ist paradoxerweise die globale Lebensmittel- und Agrarindustrie. Um dieser Dauerkrise entgegenzuwirken – so der Tenor des Berichtes – gilt es die Räume und Gestaltungsmöglichkeiten auf globaler Ebene vonseiten der Zivilgesellschaft auszufüllen und sich dort für die Stärkung der lokalen ProduzentInnen einzusetzen. Der Report analysiert auch den ausgedehnten Zugriff einer globalen Lebensmittelindustrie auf Ernährungssysteme von (Klein) Kindern in vielen Ländern des Südens. Den 88-seitigen Bericht *Right to Food and Nutrition Watch 2012* – auch *Jahrbuch zum Menschenrecht auf Nahrung* genannt – gibt es gegen einen Kostenbeitrag von 10 Euro im Büro von FIAN Österreich.

Download des Berichts und Videomitschnitt der Präsentation am 10.10.2012 in Wien unter www.fian.at/rtnwatch2012

Der Bericht *Right to Food and Nutrition Watch 2012* zeigt auf, dass es unmöglich ist, die Ursachen des Hungers zu bekämpfen, ohne die bestehenden Machtverhältnisse und Entscheidungsmechanismen anzutasten. Die Zeit ist reif, um in der Ernährungspolitik den Menschenrechten Vorrang einzuräumen. In den letzten Monaten wurden wichtige Errungenschaften für einen menschenrechtlichen Ansatz in der Welternährungssicherung und die Rechte von KleinbäuerInnen erreicht.

Gertrude Klaffenböck und
Brigitte Reisenberger, FIAN Österreich

MENSCHENRECHTLICHER ANSATZ IM GLOBAL STRATEGIC FRAMEWORK FOR FOOD SECURITY AND NUTRITION (GSF)

FIAN begrüßt das *Global Strategic Framework for Food Security and Nutrition (GSF)* als eine wichtige Errungenschaft für einen menschenrechtlichen Ansatz in der Welternährungssicherung. Das GSF bedeutet auf UN-Ebene einen wichtigen Schritt hin zu einem neuen Modell der Steuerung von Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen. Es bekräftigt die Verpflichtungen von Staaten das Recht auf Nahrung durch lokale, nationale, regionale und globale Politiken zu verwirklichen – etwas worauf FIAN schon seit über 25 Jahren pocht. FIAN hat wie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen aktiv an den Verhandlungen zum GSF mitgearbeitet. Während der 39. Sitzung des Committee on World Food Security (CFS) am 17.10. in Rom wurde das GSF adoptiert.

MIT RECHT KLEIN-BÄUERINNEN SCHÜTZEN

Am 24. September 2012 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung einer Erklärung für die Rechte von KleinbäuerInnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten beauftragt. Leider haben viele EU-Länder – auch Österreich – und die USA gegen die Resolution gestimmt!

Die Entscheidung für die Erarbeitung einer Erklärung ist ein Meilenstein für die Rechte dieser Gruppen, die verhältnismäßig stark von Verletzungen des Rechts auf Nahrung betroffen sind. Sie ist auch ein Erfolg für die internationale Kleinbauernorganisation *La Via Campesina* und FIAN, die seit 2002 für eine internationale Konvention für die Rechte dieser Bevölkerungsgruppe eintreten. Doch auf dem Weg dahin müssen noch viele Hürden überwunden werden.

Die EU – und damit auch Österreich – muss ihre Position ändern und den weiteren Prozess konstruktiv unterstützen.

„DER AUSSCHLUSS VON WIRTSCHAFTLICHER UND POLITISCHER ENTSCHEIDUNGSMACHT UND DER VERLUST DER KONTROLLE ÜBER NAHRUNG UND ERNÄHRUNG SIND ZENTRALE URSACHEN VON HUNGER.“

Martin Wolpold-Bosien von FIAN International, Mitautor des *Right to Food and Nutrition Watch 2012*, bei der Präsentation in Wien im Oktober 2012.





„UNSERE HERAUSFORDERUNG: GEMEINSAM UNSERE ZIELE ERREICHEN UND GEMEINSAM FÜR DAS RECHT AUF NAHRUNG KÄMPFEN.“

OKTOBER 2012: INTERNATIONALE FIAN RATSVERSAMMLUNG IN BRASILIA

FIANs Arbeitsweise ist geprägt von einer engen internationalen Zusammenarbeit, in der Entscheidungen gemeinsam getroffen werden. Ende Oktober trafen sich Delegierte aller weltweiten FIAN Sektionen und Koordinationen für die Internationale Ratsversammlung (IC). Fand diese mehrtägige Konferenz in den letzten Jahren in europäischen Ländern statt (2008 waren wir in Österreich GastgeberIn), wurde das IC heuer in der brasilianischen Hauptstadt Brasilia veranstaltet. Auch wir waren vor Ort, um unsere Sektion zu vertreten.

Dieses Jahr standen zwei Schwerpunkte auf der Agenda. Zum einen die Evaluierung des internationalen Strategieplans und zum anderen eine Diskussion über unsere Zukunftsvisionen für FIAN. Ersteres brachte gute Ergebnisse: Wir sind auf dem richtigen Weg, um die Ziele, die wir uns gesteckt haben, auch zu erreichen. Unsere größte Herausforderung sind die finanziellen Mittel: Vielen Sektionen fehlt es an Geld, um alle Schwerpunkte des Strategieplans umsetzen zu können.

Im zweiten großen Teil des IC diskutierten Arbeitsgruppen über die Zukunft von FIAN: Wie soll unsere Organisation in den nächsten Jahren aussehen? Wie werden wir nachhaltig arbeiten können und das Recht auf Nahrung auf verschiedensten Ebenen voranbringen?

Eines der wichtigsten bisherigen Ergebnisse ist, dass wir unsere Rolle als ExpertInnenorganisation, die für das Recht auf Nahrung kämpft, stärken müssen. Aber gleichzeitig wurde auch immer wieder betont, wie wichtig unsere Mitglieder sind, die unsere Basis bilden.

Natürlich reichen einige Tage nicht aus, um über weitreichende strategische Zukunftsfragen zu entscheiden. Daher werden die internationalen Arbeitsgruppen bestehen bleiben und bis zum IC 2014 konkrete Vorschläge für Veränderungen formulieren, durch die wir stärker und zielorientierter werden.

In dieser Vier-Tages-Konferenz kamen FIANistas aus verschiedensten Lebenswelten zusammen und haben gemeinsam Entscheidungen für unsere Zukunft getroffen. Besonders schön zeigte sich die bunte FIAN Familie, wenn alle nach anstrengenden und langen Tagen abends zusammensaßen, die einen Gitarre spielten, die anderen in ihrer Landessprache sangen oder traditionelle Tänze aus ihren Heimatländern vorführten.

Lukas Meus, Vorstandsmitglied FIAN Österreich, war für FIAN Österreich als Delegierter bei der Ratsversammlung in Brasilia.

FIAN BEIM ASIA-EUROPE PEOPLE'S FORUM (AEPF9) IN LAOS 16. - 19.10.2012



Über 1000 Personen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und NGOs aus Asien und Europa haben in Vientiane, Laos am 9. Asia Europe People's Forum unter dem Titel *"People's Solidarity against Poverty and for Sustainable Development: Challenging Unjust and Unequal Development, Building States of Citizens for Citizens"* teilgenommen. FIAN Österreich hat bei einigen Workshops zu Widerstand gegen Land Grabbing, den internationalen Auswirkungen der Europäischen Agrar- und Energiepolitik und der Europäischen Nyéléni Bewegung im Rahmen des Schwerpunkts „Ernährungssouveränität und nachhaltiges Management von Land und natürlichen Ressourcen“ mitgewirkt.

Konferenzdeklaration: www.fian.at/assets/aepf9

PARALLELBERICHT 2013

ZUR LAGE WIRTSCHAFTLICHER, SOZIALER UND KULTURELLER MENSCHENRECHTE IN ÖSTERREICH

Mit der Gründung des WSK Rechte Forums startete FIAN Österreich im Mai dieses Jahres einen Prozess zur Erstellung eines Parallelberichts an das UN Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in Genf.

Bereits 2005 hat FIAN Österreich gemeinsam mit anderen Organisationen den ersten zivilgesellschaftlichen Parallelbericht zu WSK Rechten in Österreich herausgegeben. 2013 wird nun der nächste österreichische Staatenbericht geprüft.

FIAN Österreich nutzt die Zeit bis dahin zu einer Gegendarstellung zum Regierungsbericht durch Fachorganisationen der Zivilgesellschaft. Bisher im WSK Rechte Forum vertreten sind die österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation, die Asylkoordination, das Kinderrechtsnetzwerk, das Frauenrechtsnetzwerk (CEDAW NGO Komitee), sowie der Verein „Aktive Arbeitslose“. Auch die Armutskonferenz wird sich beteiligen. Schließlich geht es um so brennende Themen wie z.B. die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und in der Bildung, die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie, sowie die Lohnschere zwischen Männern und Frauen.

Abschluss der Prüfung von 2005 bildeten die abschließenden Empfehlungen des UN WSK Komitees, die im Jänner 2006 erschienen. Darin wurde die Einführung eines Mindesteinkommens zur Armutsbekämpfung empfohlen, ebenso die Gleichstellung von AsylwerberInnen mit österreichischen SozialhilfeempfängerInnen und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen.

Der nun entstehende Parallelbericht knüpft hier an. Was ist seit der letzten Berichterstattung weiter passiert? Wo gibt es neue Problemlagen? Welche Gesetze und Politiken sind der Grund dafür? Welche Forderungen hat die Zivilgesellschaft und welche werden vom UN Sozialausschuss in seinen abschließenden Empfehlungen unterstützt werden? Das sind Fragen, die uns im WSK Forum beschäftigen.

Elisabeth Sterzinger, Vorsitzende FIAN Österreich

Alle relevanten Dokumente zum Parallelberichtsprozess finden Sie unter www.fian.at/forumwskrechte

EINMISCHEN STATT BEIMISCHEN

AGROSPRIT: (K)EINE ECHTE KEHRTWENDE BEI DER EU-KOMMISSION

FIAN Österreich verbucht das vorläufige Aussetzen der E10 Einführung in Österreich als einen Etappensieg. Damit wurden Teilforderungen einer Petition an das österreichische Parlament erfüllt. Aber die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, verursacht durch den Agrartreibstoffboom, werden dieser Schritt und auch ein vorliegender EU-Gesetzesentwurf kaum stoppen.

Im September berichteten viele Medien von einer vermeintlichen Kehrtwende der Europäischen Kommission in Sachen Agrartreibstoffe. Demnach soll es nach 2020 keine Subventionen mehr für Agrartreibstoffe wie E10 geben. Damit reagiere die Kommission nicht nur auf den zunehmenden Konflikt zwischen Tank und Teller, sondern schenke auch den bislang ignorierten indirekten Landnutzungseffekten (dem so genannten „ILUC-Effekt“) Aufmerksamkeit. Bis dato wurden negative Klimaeffekte beispielsweise durch das Abholzen brasilianischer Regenwälder für Rinderfarmen, die der Expansion des monokulturellen Anbaus von Kraftstoffpflanzen weichen mussten, nicht in die Klimabilanz aufgenommen.

De facto enthält der Vorschlag der Kommission aber wenig echte Änderungen: Die EU-Kommission erkennt den ILUC-Effekt zwar an, will ihn aber nicht in ihre Treibhausgas-Bilanzen für den so genannten Biosprit einrechnen. Offizielle Begründung: Der ILUC-Effekt sei nicht genau messbar. Zudem wird am zehnjährigen Ziel grundsätzlich nicht gerüttelt, auch wenn der Anteil für eigentlich zum Verzehr geeigneter Pflanzen auf fünf Prozent festgefroren werden soll. So können die restlichen fünf Prozent durch andere Biomasse vom Acker erfüllt werden, was gleichermaßen zu Vertreibungen und Verknappung des Nahrungsmittelanbaus führen kann. Dennoch ist die Entscheidung der EU-Kommission ein wichtiges Signal: Sie zeigt, dass sich trotz gegenteiliger Behauptungen in der Politik etwas bewegen lässt. Die Agrartreibstoff-Industrie versucht indes mit der Forderung nach langfristiger Investitionssicherheit auch diese minimalen Änderungen zu verhindern. Dies reflektiert den immer öfter zu beobachtenden Versuch einflussreicher Wirtschaftsakteure, demokratische Prozesse und Politikentscheidungen, auszuhebeln.

Richard Klasen, FIAN Deutschland und Brigitte Reisenberger, FIAN Österreich

Neues Positionspapier von FIAN Österreich zu Agrartreibstoffen: www.fian.at/PositionspapierAgrartreibstoffe

Ich unterstütze FIAN und möchte:

- unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- mich mit anderen AktivistInnen engagieren.
- das FOODFirst Magazin abonnieren.
(3/Jahr, 15 €, für Mitglieder kostenlos)
- FIAN-Mitglied werden.
Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
 - 52 €
 - einen ermäßigten Beitrag €
 - erhöhten Beitrag €
 - und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- die Arbeit von FIAN
 - einmalig monatlich jährlich
 - mit € unterstützen.
 - und eine Einzugsermächtigung einrichten.

Name

Organisation

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Datum/Unterschrift

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden
oder faxen an: 01 23 50 239 20 oder mailen an: office@fian.at



2 Stunden Yoga – Jeder Stil, jeder Mensch, jedes Land

WORLD

YOGA

24 Stunden Yoga
Marathon für
Menschenrechte
weltweit

DAY

JOIN US!
24. Februar 2013
zwischen 11-13 Uhr

Projekt 2013:  www.fian.org
www.world-yoga-day.net

Impressum

FIAN Österreich Magazin 3/2012

HerausgeberIn

FIAN Österreich

Schwarzspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien

Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350 239-20

E-Mail: office@fian.at

Internet: www.fian.at   FIANoesterreich

ZVR: 937 480 634

Redaktion Brigitte Reisenberger und Redaktionsteam

Layout Jörg Grubmüller, Brigitte Reisenberger

Druck

Atlas Druck, 2203 Großebersdorf

Gedruckt auf zertifiziertem Umlwtpapier.

Foto Copyright

Titelfoto: Jennie Jonsén, Innenseite links: S4S FILMS

Innenseite rechts: Liam Zimmermann

S.2 Christian Erni, IWGIA; S.4 Ute Hausmann, S. 6 FIAN

Ecuador; S. 9 Giorgio Trucchi - Rel-UITA, S. 13, 14 Brigitte

Reisenberger, S. 15 FIAN International

Ausgabe

Erscheinungsdatum: Dezember 2012

Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos

Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto

FIAN Österreich

Kontonummer 294 159 03600

Bankleitzahl 2011



gefördert durch die

 **Österreichische**
Entwicklungszusammenarbeit

Gefördert durch die Europäische Union und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der HerausgeberIn wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der FördergeberInnen dar.



**FOOD FIRST INFORMATIONS-
UND AKTIONSNETZWERK
INT. MENSCHENRECHTS
ORGANISATION FÜR DAS
RECHT SICH ZU ERNÄHREN**

FOODFIRST

Ernährung ist die Voraussetzung menschlichen Lebens und das erste Menschenrecht, das verwirklicht werden muss!

INFORMATION

FIAN informiert seit 25 Jahren Betroffene über ihre Rechte und bringt Unrechtsituationen an die Öffentlichkeit.

ACTION

Die Aktionen von FIAN sind wirksam! Durch Eilaktionen, kontinuierliche Fallarbeit und Lobbying konnte FIAN in vielen Fällen Landvertreibungen verhindern, die Verteilung von Land an Landlose ermöglichen, die Trinkwasserversorgung verbessern, Schulspeisungsprogramme durchsetzen oder die Arbeitsbedingungen von LandarbeiterInnen verbessern.

NETWORK

Mit über 18 Sektionen & Koordinationen und Mitgliedern in 50 Staaten ist FIAN als internationales Netzwerk weltweit präsent.